

René Cuperus

Vom Poldermodell zum postmodernen Populismus. Die Fortuyn-Revolution in den Niederlanden

Der Aufstand der Bürger im Jahre 2002 hat aus den Niederlanden einen politischen Patienten gemacht. Doch der Schein trügt. Nach dem Aufstieg und dem Untergang der Fortuyn-Bewegung scheint alles wieder seinen normalen Gang zu gehen: business as usual. Ein Mitte-Rechts angesiedeltes Sanierungskabinett beschließt unsoziale Einsparungen bei den Schwächsten der Gesellschaft, eine linke Opposition geht dagegen wie eh und je etwas zu bequem an. Man hat es mit einer Art politischem Spiel zwischen Tom und Jerry zu tun. Alles scheint ganz normal zu laufen. Aber wir ahnen, daß der Patient Niederlande erneut eine populistische Herzattacke erleiden kann – eine leichte, eine schwere oder eine fatale. Eine solche Attacke kann die sozialdemokratische Partij van de Arbeid (PvdA) treffen oder die konservativ-liberale Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD). Klar ist, daß der Patient nie mehr der alte sein wird.

Die Niederlande verarbeiten noch immer den Kater nach dem Fest von Pim Fortuyn. Wie unberechenbar auch immer der Verlauf gewesen sein mag – Fortuyn gab der eingeschlummerten Haager Politik einen Adrenalinstoß. Er entlarvte einschläfernde politische Routinen sowie an die Regentenkultur gemahnende und technokratische Verhaltensweisen unter der Haager Käseglocke, und en passant bohrte er ein enormes Reservoir an Ressentiments und Unbehagen gegenüber den sich verändernden Niederlanden an: ‚Die Niederlande sind voll und haben einen vollen Bauch.‘ Dies alles endete im tragischen Antiklimax eines politischen Mordes.

Seitdem ist unser Land nicht mehr es selbst. Es fühlt sich nicht wohl. Und dafür ist das Kabinett Balkenende II eher das Symbol, als daß es zu einem Ausweg aus dem ‚nationalen Tief‘ motiviert. Die Regierung glaubt, mit einer kargen, uninspirierten Sanierungspolitik als Antwort auf unzureichende Leistungen und die miese Stimmung unserer Gesellschaft auszukommen. Es rächt sich, daß Balkenende und sein Kabinett viel zu sehr dem Erbe von Fortuyn verpflichtet sind, um die Niederlande auf glaubwürdige Art und Weise in die Post-Fortuyn-Ära zu geleiten.

Aber es geht noch weiter. Die Haager Politik steht noch immer im Zeichen des Programms von Fortuyn – wenn auch ohne jede Quellenangabe. Es geht 1) um wilde Demokratisierung (von einem europäischen Referendum über direkt gewählte Bürgermeister bis zu Reformen des Wahlsystems); 2) um die – nach ausländischen Maßstäben – noch stets sehr unbefangene Ein-

wanderungs- und Integrationsdebatte („Rotterdam ist voll“) und den sehr rasch zustande gekommenen Konsens unter den etablierten Parteien über eine Politik selektiver Einwanderung und obligatorischer Einbürgerung; 3) um die Philosophie der eigenen Verantwortlichkeit gegenüber einem passiven Wohlfahrtsstaat.

Dennoch weist vieles darauf hin, daß die Niederlande unter einer Fassade von Normalität leiden. Die hiesige Politik befindet sich in einer Phase der Verleugnung. Die „Rache der Soziologie“ gegen die Allmacht der Wirtschaft will man nicht wahrhaben, also die gar nicht tief unter der Oberfläche fließende Lava von sozialem und kulturellem Unbehagen, die unsere wohlhabende, hochmoderne Gesellschaft und Wirtschaft ständig und, wie es den Anschein hat, mit wachsender Intensität begleitet und wovon wir im Jahr 2002 in Europa und in den Niederlanden einen heftigen Ausbruch erlebt haben.

Dem Betrachter der heutigen politischen Lage in den Niederlanden wird Sand in die Augen gestreut. Es wird so getan, als ob die Fortuyn-Revolution mit ihrem „Aufstand der Bürger“ niemals stattgefunden hätte, als ob im Umfeld von Begriffen wie „multikulturelles Unbehagen“ oder „die Ruinen der violetten Regierung“ nicht ganze Horden von Wählern mobilisiert werden könnten. Das politische Den Haag scheint der Meinung zugetan zu sein, daß der Geist wieder in die Flasche zurückgesteckt wurde. Mit den zahllosen Fehlschlägen im politischen Spektakel der Lijst Pim Fortuyn – implodiert durch die eigene Unbeholfenheit und interne Konflikte – sei nun alles bereinigt, alles sei schön aufgeräumt; die Rolle derartiger Parteien sei endgültig ausgespielt.

War der Aufmarsch des holländischen Populismus im nachhinein gesehen nicht mehr als eine kurze, hysterische Episode? Gilt jetzt wieder eine „Normalisierung“ der politischen Verhältnisse mit einer neuerlichen Übernahme der Macht durch die traditionellen politischen Parteien? War die ganze Aufregung in den Niederlanden über die Fortuyn-Revolution bloß eine überflüssige Aufregung, und sind wir wieder zurückgekehrt – wenn wir überhaupt jemals weg gewesen waren – zum vorrevolutionären Ancien Régime der „etablierten“ Politik, wie uns einige in der Politik, dem Journalismus und der Wissenschaft glauben lassen möchten?

Hier wird die These aufgestellt, daß dem keinesfalls so ist. Das „populistische Moment“ – also die spezifischen Voraussetzungen, unter denen Populismus als politischer Machtfaktor gedeihen kann – mag (vorübergehend?) von der Bühne abgetreten sein. Dies gilt jedoch keineswegs für die tiefer liegenden Ursachen, die sich hinter diesem „Antriebsmoment“ verborgen.

Im folgenden ist zunächst auf die Frage nach dem Wie und Warum der Fortuyn-Revolution einzugehen. Dabei werde ich versuchen, das Phänomen der Revolution anhand von fünf verschiedenen Erklärungen zu interpretieren. Anschließend gehe ich auf eine eher theoretische Charakterisierung und Situierung des Populismus in Europa ein und weise in kurzen Zügen nach, wie einschneidend die entsprechenden Implikationen für die sogenannten etablierten politischen Parteien sind.

Der Schock des 15. Mai 2002: das Ende des violetten Poldermodells

Am 15. Mai 2002 fand in den Niederlanden, zum großen Erstaunen von insbesondere ausländischen Beobachtern, ein unerhörter politischer Erdbeben statt. Während das niederländische Poldermodell international noch immer im Gespräch war, zeigte sich, daß eben dieses Modell im eigenen Land plötzlich von den Wählern schwer abgestraft wurde.

Das Wahlergebnis vom 15. Mai war ein Schock, vergleichbar mit der Wahlniederlage von Winston Churchill nach dem Zweiten Weltkrieg. Wie konnte es geschehen, daß eine Regierung mit so großen sozialen und wirtschaftlichen Erfolgen (Beseitigung der Arbeitslosigkeit, stabile Staatsfinanzen mit Überschüssen, stabile Arbeitsverhältnisse und ein modernisierter Versorgungsstaat dank eines harmonischen ‚Polderdialogs‘ zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern) – die beispielsweise die deutsche Regierung von Kanzler Schröder blind unterschreiben würde – beim niederländischen Wähler dermaßen in Diskredit geraten konnte?

Die violette Koalition zwischen Sozialdemokraten, Konservativ-Liberalen und Links-Liberalen verlor gegenüber den Wahlen von 1998 43 Sitze (siehe Tabelle). Niemals zuvor in der politischen Geschichte der Niederlande hatte eine Regierungskoalition so viele Sitze verloren. Die PvdA des gefeierten Ministerpräsidenten Wim Kok hatte die Hälfte der Mandate verloren und fiel von 45 auf 23 Sitze zurück; noch nie hatte eine niederländische Partei eine so große Anzahl an Sitzen verloren. Der große Gewinner des 15. Mai war die verwaist zurückgebliebene Partei des neun Tage zuvor ermordeten Fraktionschefs Pim Fortuyn, die Lijst Pim Fortuyn (LPF), die aus dem Nichts heraus mit 26 Sitzen die zweitstärkste Partei des Landes wurde. Sie wollte sich unmittelbar an einer großen Mitte-Rechts-Regierung mit dem Christen-Democratisch Appèl (CDA) und der VVD beteiligen. Als ein noch größerer Wahlsieger erwies sich nämlich die christdemokratische CDA, die aus der Opposition zurückkehrte, mit 43 Sitzen die größte Partei wurde und mit Jan Peter Balkenende den Ministerpräsidenten stellen würde.

Zweifellos können wir hier von einem einzigartigen, präzedenzlosen Wahlausgang in der niederländischen Geschichte reden. Doch auch für europäische Begriffe ist das Ergebnis dieser Wahlen als spektakulär zu bezeichnen. Der Politologe Peter Mair hat berechnet, daß die niederländischen Wahlen des Jahres 2002 zu den 16 turbulentesten Wahlen in Europa seit 1900 zählen. Die besagte Wahl steht auf dem vierten Platz in Bezug auf ‚Fluidität‘, also dem Ausmaß, in der schwebende Wähler die Partei gewechselt haben.¹

¹ P. MAIR, *De eigenaardigheden van de Nederlanders*, in: *Beleid & Maatschappij* 29 (2002), S. 160–163.

Tabelle: Offizielles Endergebnis der niederländischen Parlamentswahlen von 1998 und vom 15. Mai 2002.²

Partei	1998			2002		
	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze
CDA	1.581.053	18,3	29	2.653.723	27,9	43
LPF	-	-	-	1.614.801	17,0	26
VVD	2.124.971	24,7	38	1.466.722	15,5	24
PvdA	2.494.555	29,0	45	1.436.023	15,1	23
GL	625.968	7,3	11	660.692	7,0	10
SP	303.703	3,5	5	560.447	5,9	9
D66	773.497	9,0	14	484.317	5,1	7
CU	283.317	3,3	5	240.953	2,5	4
SGP	153.583	1,8	3	163.562	1	2
LN	-	-	-	153.055	1,6	2
Wahlbeteiligung	8.607.787	73,2		9.501.152	79,0	

CDA Christen-Demokratisch Appèl

LPF Lijst Pim Fortuyn

VVD Volkspartij voor Vrijheid en Democratie

PvdA Partij van de Arbeid

GL GroenLinks

SP Socialistische Partij

D66 Democraten 66

CU ChristenUnie

SGP Staatskundig Gereformeerde Partij

LN Leefbaar Nederland

Die niederländische Politik ist noch immer außer Atem. Auf den unerhörten politischen Erdbeben der Parlamentswahlen vom 15. Mai 2002 folgten inzwischen vielfältige politische Turbulenzen. Die Mitte-Rechts-Regierung von CDA, LPF und VVD war nach nur 87 Tagen am Ende. Auch dies ist in den sprichwörtlich politisch stabilen Niederlanden ein unerhörtes Phänomen. Es trat ein, nachdem sich wochenlang eine politische Soap abgespielt hatte, hauptsächlich innerhalb und im Umfeld der LPF. Ein ständiger Streit um die Führungsposition, Minister, die ihre Streitigkeiten in der Öffentlichkeit austrugen sowie eine permanente Krise einer Partei in der Gründungsphase folgten in raschem Wechsel.

Die LPF – niemals als politische Partei konzipiert, sondern vielmehr als eine Bewegung rund um einen charismatischen Führer – wurde durch den politischen Mord an Pim Fortuyn hart getroffen. Darin rächte sich unerbittlich, daß Fortuyn de facto ein ‚Politiker ohne Partei‘ gewesen war, sozusagen eine erfolgreiche politische Ein-Mann-Show. Man kann behaupten, daß die LPF zusehends implodierte.

Die Neuwahlen

Inzwischen haben am 22. Januar 2003 Neuwahlen stattgefunden. Der Wahlkampf war gekennzeichnet von einem relativ polarisierten Kampf zwischen

² Endgültig festgestellt von der Wahlkommission am 21. Mai 2002.

Links und Rechts, also zwischen PvdA und CDA. Das Ergebnis bestand darin, daß der CDA unter Balkenende mit einer Steigerung von 43 auf 44 Sitze knapp die größte Partei wurde. Die PvdA erlebte mit einer Steigerung von 23 auf 42 Sitze unter dem neuen, jungen Fraktionsvorsitzenden Wouter Bos eine wundersame Auferstehung, während die LPF von den Wählern abgestraft wurde (Rückfall von 26 auf 8 Sitze). Im Hinblick auf die Koalitionsbildung ergaben sich mehrere Optionen: Abgesehen von einer großen Mitte-Links-Mehrheit gab es die Möglichkeit einer kleinen Mitte-Rechts-Mehrheitskoalition. Dieser Weg wurde nun, nach einem unklaren Abbruch der Koalitionsverhandlungen zwischen CDA und PvdA, gewählt und hat schließlich zu einer Regierung aus CDA, VVD und Democraten 66 (D66) geführt: zum Kabinett Balkenende II.

Der Fortuyn-Populismus

Die Staubwolken des politisch-gesellschaftlichen Erdbebens der Fortuyn-Revolution in den Niederlanden haben sich noch lange nicht gelegt. In den Medien und in der Wissenschaft wird bis zum heutigen Tag (mit dem zusätzlichen Impuls des Gedenkens des Mordes an Fortuyn am 6. Mai 2003) heftig über Hintergründe, Ursachen und Folgen der Fortuyn-Bewegung und den augenscheinlich plötzlichen Umschlag im gesellschaftlichen Klima diskutiert. Was war mit der violetten Koalition und dem Poldermodell schiefgegangen? War das Wahlergebnis eine einmalige und zufällige, von den Umständen bestimmte Kombination, oder erleben die Niederlande (und Europa?) nichts weniger als eine tiefgreifende kulturelle Umwälzung, einen ‚Aufstand der Bürger‘?

Insgesamt gesehen handelt es sich hier fast um einen Braudellianischen Komplex aus mehreren Schichten und Zeiten. Wir können in und hinter dem historischen Entstehen der Fortuyn-Bewegung und dem Wahlergebnis vom 15. Mai 2002 sowohl langfristig als auch kurzfristig Ereignisse, Konjunktur und Struktur differenzieren.³ Im Vordergrund der folgenden Ausführungen steht vor allem die Konzentration auf die eher strukturellen Ursachen und Erklärungen für die Gründe des Versagens von Violett und den Erfolg von Pim Fortuyn. Dennoch gab es im Hinblick auf die Ereignisse im Verlauf insbesondere des Wahlkampfes drei einflußreiche Faktoren, die zur Erklärung beitragen können: der Fall Rotterdam, die berüchtigte Fernsehdebatte zwischen Ad Melkert und Pim Fortuyn sowie die Ermordung des Letzteren.

Die Fortuyn-Revolution erlebte, gewissermaßen als spätes Warnsignal, die ‚Generalprobe‘ der Gemeinderatswahlen von 6. März. Hierbei gelang es lokalen Parteien, sogenannten Lebensqualitätsparteien, sich überall im Land mit großem Vorsprung gegen die traditionellen, ‚etablierten‘ Parteien durchzusetzen. Den Höhepunkt aus dieser Reihe von Kommunalwahlen bildete Rotterdam, wo Pim Fortuyn als lokaler Fraktionsvorsitzender mit fast 35 Prozent der Stimmen einen großen Sieg über die PvdA errang, jene Partei, die die

³ Vgl. H. WANSINK, *The Fortuyn Revolution and the End of the Social Democratic Era* (Buchprojekt in Vorbereitung).

Stadt über Jahrzehnte hinweg übermächtig gelenkt hatte; die allmächtige ‚Regentenpartei‘ wurde von Fortuyn gewissermaßen aus dem Rathaus hinausgeworfen.

Am Abend vor den Gemeinderatswahlen fand eine vieldiskutierte Fernsehdebatte statt. Sie läßt sich für Kommunikations- und Medienwissenschaftler in etwa vergleichen mit der berühmten Fernsehdebatte zwischen Nixon und Kennedy, und sie lehrt, wie man Wahlen mit einem einzigen schlechten Medienauftritt verliert. Die Fraktionsvorsitzenden der violetten Koalition – insbesondere der Nachfolger des Ministerpräsidenten Wim Kok, der PvdA-Fraktionsvorsitzende Ad Melkert – verstanden es nicht, die richtige Haltung gegenüber dem triumphierenden Pim Fortuyn einzunehmen, sie unterlagen ihm auf allen Fronten: politisch, rhetorisch, im Umgang mit den Medien und in intellektueller Hinsicht. Für zahllose Fernsehzuschauer war dies der Anfang vom Ende der Autorität der ‚alten Politik‘.

Ein dritter einflußreicher Faktor war der tragische Mord an Pim Fortuyn durch einen radikalen Umweltaktivisten auf dem Gelände der nationalen Fernseh- und Rundfunkanstalten in Hilversum am 6. Mai, der erste politische Mord in den Niederlanden seit 1672. Das Attentat löste eine Periode von fast nationaler Volkstrauer aus, und es gab das Begräbnis von ‚Pim‘, vergleichbar mit der Stimmung rund um den Tod von Prinzessin Diana in England. Gleichzeitig wurden Drohungen gegen vor allem linke Politiker laut (‚die Mörder von Pim‘). Dem Vorsitzenden der PvdA-Fraktion Ad Melkert wurde per Post eine geladene Pistole zugesandt. Überdies wurde der Wahlkampf abgebrochen. Dies alles hat die Stimmung am Wahltag und auch zweifellos einen Teil des Wahlergebnisses erheblich beeinflußt und bestimmt.

Aber unter dieser Schicht von (Wahlkampf-)Veranstaltungen und Ereignissen gibt es die tiefer liegende Schicht struktureller gesellschaftlicher Entwicklungen, die Schicht von Unmut und Unbehagen, welche die unerhörte Auswirkung des ‚Einbruchs‘ von Fortuyn in das politische System erklären können. Immerhin kam eine Umfrage am Tag seiner Ermordung zu dem Ergebnis, daß die LPF möglicherweise die größte Partei der Niederlande hätte werden können. Was bestimmte die Amplitude der politischen Aufregung und des überwältigenden Wahlerfolgs der Revolte?

Bei dem bescheidenen Versuch einer Erklärung wird im folgenden nicht so sehr eine ausführliche Beschreibung der populistischen Revolte von Pim Fortuyn und den Seinen im Vordergrund stehen. Ich stelle fünf Erklärungsansätze für den Aufstand der holländischen Bürger vor, die bisher in der politischen und öffentlichen Debatte in den Niederlanden diskutiert worden sind. Sie lassen sich wie folgt benennen: 1. die politologische Erklärung; 2. die ‚multikulturelle‘ Erklärung; 3. die Erklärung durch Unzufriedenheit mit dem öffentlichen Sektor; 4. die mediendemokratische Erklärung; 5. die soziologische Erklärung: die Repräsentationskrise.

Die politologische Erklärung

Der politologischen Erklärung zufolge liegt die prinzipielle Ursache für den Erfolg von Fortuyn im Wegfall der Gegensätze zwischen Links und Rechts aus der niederländischen Politik. Dies nun resultierte aus der Tatsache, daß die beiden Parteien, die bisher in der niederländischen Politik einander in Begriffen von Links und Rechts gegenüberstanden hatten – die sozialdemokratische PvdA und die konservativ-liberale VVD –, nach einem über Jahrzehnte währenden gegenseitigen Ausschluß Anfang der neunziger Jahre eine gemeinsame Regierung gebildet hatten: die violette Koalition.

Das Vakuum, das nun durch den Wegfall des Gegensatzes zwischen Links und Rechts entstanden war, wurde gewissermaßen durch eine andere, grundlegende politische Spaltung (cleavage) aufgefüllt, und zwar durch den typischen Gegensatz des Populismus: politische Außenseiter stellten sich der etablierten Ordnung gegenüber. Es handelt sich hier um den sogenannten anti-establishment frame, also die gezielte Schaffung der Vorstellung eines Gegensatzes zwischen den ‚etablierten Parteien‘ bzw. der ‚alten Politik‘ einerseits und dem Herausforderer oder dem Outsider der ‚neuen Politik‘ andererseits. Der Außenstehende präsentiert sich dann als Kandidat des ‚Volkes‘ und räumt in dessen Namen in den Bollwerken der Macht auf, wo die etablierten Parteien und Politiker die Macht verteilen und sich gegenseitig Vorteile zuschanzen. Das ‚Volk‘ wird dann als eine Einheit sowie gegenüber der politischen Kaste als unteilbar aufgefaßt.⁴

Warum konnte diese populistische Definition von Politik, die Darstellung der aktuellen Situation als eines in sich geschlossenen, nach innen gerichteten politischen Establishments gegenüber den Bürgern, so rasch und fruchtbar an Boden gewinnen, und zwar sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei (Teilen des) Journalismus? Es dauerte nämlich nicht lange, bis der Unterschied zwischen ‚etablierten Parteien‘ und ‚neuer Politik‘ im Sprachgebrauch der niederländischen Medien Gemeingut geworden war.

Für die Tatsache, daß dieser Anti-Establishment-Populismus eine so enorme Dynamik erfahren konnte, daß Fortuyn auf so große Popularität und Unterstützung rechnen konnte, gibt es eine Reihe von Gründen. Zunächst ist eine politisch-soziologische Ursache zu benennen. Die Fortuyn-Revolution wurde nicht zu Unrecht als die „Revolution der Ausgeschlossenen“⁵ bezeichnet. Die Ausgeschlossenen oder Nicht-Repräsentierten setzen sich aus zwei unterschiedlichen Gruppen zusammen: einerseits aus den ‚neuen Reichen‘ und andererseits aus den marginalisierten (einheimischen) Bewohner von problematischen Großstadtvierteln. Aus Wählerumfragen geht hervor, daß die LPF ihre Anhängerschaft vor allem aus diesen Gruppierungen rekrutierte: neue Reiche wie Unternehmer aus der IT-Branche, Rechtsanwälte, Immobilienmakler und ähnliche Berufsgruppen, die sich gesellschaftlich verkannt fühlten und nicht an jenem organisierten Wirtschaftsleben partizipierten, dem im Poldermodell Mitspracherecht verliehen wurde. Auf der anderen Seite stehen

⁴ B. TROMP, *De taak der sociaal-democratie*, in: *Socialisme & Democratie*, Nr. 5/6 (2002), S. 90–95.

⁵ A. DUIVESTIJN, *De revolutie der buitengeslotenen*, in: ebd., S. 60–67.

verkannte und verwehrte einheimische Bewohner der ‚multikulturell‘ gefärbten Volksviertel in den Großstädten, die ihre Unzufriedenheit über stürmische kulturelle Veränderungen (andere Sprachen, Sitten und Gebräuche, der Islam) und Kriminalität in ihrer unmittelbaren Umgebung nicht in Worte fassen konnten, ohne das Gefühl zu haben, von der politisch korrekten ‚Klasse der Tonangebenden‘ als Rassisten gebrandmarkt zu werden. Bei der Fortuyn-Revolution handelt es sich um einen monströsen Verbund aus unterdrückten Emotionen, Ambitionen und Erwartungen dieser beiden Gruppierungen, die sich in der etablierten Politik nicht repräsentiert fühlten.

Ein zweiter Grund für das populistische Moment liegt im Wegfall der politisch-ideologischen Gegensätze und im Entstehen eines allgemeinen entpolitisierten Klimas in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Dabei spielten zahlreiche Einflüsse eine Rolle: von der Postmoderne-Debatte über Fukuyamas Buch über *Das Ende der Geschichte*⁶ bis hin zur internationalen Debatte über den ‚Dritten Weg‘ mit seiner Überwindung der klassischen Links-/Rechts-Positionen.⁷ Ferner traten bei der Mittelklasse, die nicht mehr in bestimmte, beispielsweise konfessionelle Gruppierungen gegliedert war, Zentrifugalkräfte auf. Gleichzeitig tendierte die Wählerschaft immer mehr zur Mitte hin, und alle Parteien schlossen sich dieser Tendenz mit dem Ziel des Stimmenfangs an.

Sodann ist das Phänomen der sogenannten Heimatlosigkeit der politischen Parteien zu erwähnen. Die enge Bindung zwischen Gesellschaft und Politik, zwischen fester Anhängerschaft und Parteien besteht inzwischen fast nicht mehr. Die Struktur unserer Gesellschaft hat sich stark verändert, und mit ihr die entsprechende Vertretung. Wähler ‚schweben‘ und zeigen ein erheblich weniger vorhersagbares Verhalten als vor einigen Jahrzehnten; weltanschauliche Loyalität und Klassenorientierung spielen eine immer geringere Rolle. Lifestyle und kulturelles Identitätsprofil haben in einer zunehmend meritokratisch orientierten Gesellschaft an Bedeutung gewonnen. Die Politik ist zu einem Marktplatz geworden, wo politische Unternehmer um die Stimmen der Bürger/Konsumenten konkurrieren und eine weitgehende Rationalisierung und Professionalisierung der traditionellen Volksparteien entstanden ist, mit einer weiteren gesellschaftlichen Entwurzelung und einer weiteren Schwächung des Staates.

Der Individualismus der heutigen Bürger verträgt sich nur schlecht mit der Bindung an ein Kollektiv, wie politische Parteien es sind. Die moderne Medienlandschaft hat die Schwächung der Bindung zwischen Bürgern und Parteien begünstigt, indem sie das politische Geschehen mit einer neuen Logik und einer neuen Dynamik versehen und die klassischen Funktionen der Parteien übernommen hat; hierzu zählen etwa Sozialisierung, Kommunikation und Information. Dadurch hat nicht nur die Beziehung zwischen Wählern und Parteien ihren Charakter geändert, sondern auch diejenige zwischen Parteien und ihren Mitgliedern.

⁶ F. FUKUYAMA, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992.

⁷ Siehe A. GIDDENS, *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a.M. 1993.

Die Parteiorganisationen sind zentralisiert. Vor allem während der Regierungsperiode liegt der Schwerpunkt der Parteien in den Gemächern von Regierung und Parlament. Die Logik der Medien hat verstärkt plebiszitäre Elemente in der Organisation (im Sinne der Personalisierung politisch mediengerechter Führungspersönlichkeiten) gefördert und interne Diskussionen und Meinungsunterschiede zu einem Wahlrisiko gemacht. Im Schatten der Macht sind die Parteiorganisationen einigermaßen verkümmert. Die politischen Führer der Parteien haben sich im allgemeinen wenig an Grundsatzdebatten gelegen lassen. Bei der Lenkung der Partei war Risikobeherrschung die Hauptsache; die Fraktionsvorsitzenden schreckten vor einer offeneren, intellektuellen Debatte zurück. In der Praxis des Regierens hat sich ein pragmatischer Mittelkurs breitgemacht. Das parteipolitische Profil ist, etwa im Falle der Sozialdemokratie bei der Hinwendung zum ‚Dritten Weg‘ oder der ‚Neuen Mitte‘, verblaßt.

Ein vierter Grund für die Tatsache, daß ein anti-establishment frame in den Niederlanden auf fruchtbaren Boden gefallen ist, läßt sich auf die Herrschaftstheorie von Max Weber zurückführen. Demnach wird ein etablierter bürokratischer Stil, der sich bei der Lösung von als dringlich empfundenen gesellschaftlichen Problemen als unzulänglich erweist, von einer Phase charismatischer Herrschaft abgelöst. Der Aufstieg und der Einfluß von Pim Fortuyn kann als ein Fall von charismatischer Autorität gesehen werden.⁸ Denn unter der violetten Regierung hatte ein administrativ-technokratischer Führungsstil die Oberhand gewonnen, gegen den sich Fortuyn wandte. Er verursachte ein Erdbeben im politischen System von Violett und Poldermodell, weil sich das politische Primat während der Anpassung des niederländischen Versorgungsstaates an die Globalisierung und die Währungsunion ins Feilschen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, in eine Politik der Wandelgänge bei Interessengruppen und Beamten sowie in den Absprachen über gegensätzliche Interessen von PvdA und VVD in den von Wim Kok geführten violetten Koalitionen aufgelöst hatte. Der Wähler bzw. Bürger stand daneben und schaute zu.⁹

Im allgemeinen dominierte die Vorstellung, daß es für die ‚Holland AG‘ nur einen einzigen Weg gebe, um zwischen den Klippen der Währungsunion und einer sich globalisierenden, wissensbasierten Wirtschaft hindurch ein erfolgreicher, innovationsfreudiger, postindustrieller Versorgungsstaat zu werden. Diesem simplen Rezept zufolge würden die Niederlande von den (bürokratischen) Planungseliten unter Führung des entpolitisierenden Chefs bzw. Ministerpräsidenten Kok ‚gar gekocht‘. Das Poldermodell, das auf dem außerparlamentarischen Dreiparteiendialog zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Sozial-Wirtschaftlichen Rat (Sociaal-Economische Raad, SER) basiert, wirkt dabei naturgemäß entpolitisierend und führt zu kompromißhaften Tauschaktionen, die von Außenstehenden als nicht mehr beeinflussbare Diktate empfunden werden. Eine ähnliche Art der entpolitierten Unabwendbarkeit betraf die Frage, ob die Niederlande ein Einwande-

⁸ J.E. ELLEMERS, *Pim Fortuyn: een zuiver geval van charismatisch gezag*, in: *Facta*, November 2002, Nr. 7, S. 2–5.

⁹ WANSINK (wie Anm. 3).

rungsland sein sollten sowie die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses. Politik wird dabei als führungstechnische Unvermeidlichkeit dargestellt.

Für das Bild einer in sich gekehrten politisch-bürokratischen Elite besteht in den Niederlanden der Begriff der ‚Haager Käseglocke‘. Hierin trifft man Entscheidungen und betreibt Politik ohne Kontakt mit der nicht-politischen Außenwelt, unter Umgehung des Binnenhofs, dem Sitz des Haager Regierungszentrums und des Parlaments. Es war wörtlich diese ‚Käseglocke‘, gegen die Fortuyn seinen Angriff vor allen Dingen formulierte: „Die niederländische politische und Führungselite hat keinerlei Interesse an Demokratie und am Bürger [...]. Es ist eine geschlossene Welt mit autistischen Zügen, mit einem völlig eigenen Blick auf die Wirklichkeit und sogar mit einem völlig eigenen Jargon, der für Außenstehende praktisch nicht nachvollziehbar ist.“¹⁰

Zu diesen Gründen kam noch die komplexe politische Ausgangssituation der Wahlkampagne vom Mai 2002: Eine doppelte violette Koalition, die nicht nur selbstzufrieden, sondern auch am Ende ihrer Regierungsfähigkeit erschien, ging aufgrund der traumatischen Srebrenica-Affäre angeschlagen in den Wahlkampf; sie war sogar zurückgetreten. Man kann sich leicht vorstellen, daß bei den Wählern die Ermüdung nach solch einer langen Regierungsperiode mit praktisch denselben politischen Parteien und denselben Politikern eine Rolle bei dem Wunsch gespielt hat, sich von Violett zu verabschieden. Die Deutschen hatten schließlich auch eines Tages genug vom System Kohl und die Briten von der ‚Eisernen Lady‘ Margaret Thatcher. Wie ‚undankbar‘ es auch erscheinen mag: Bürger haben nach einer gewissen Zeit ein bestimmtes parteipolitisches Regime und die dazugehörigen politischen Anführer satt.

Dazu kommt, daß die einzelnen Parteien weder über eine Strategie der Verabschiedung von Violett verfügten, noch den Wunsch nach einer Fortsetzung dieser Koalition hegten. Ferner gab es einen Führungswechsel innerhalb der größten Regierungspartei, nämlich die Ablösung des weithin respektierten Ministerpräsidenten Kok durch seinen designierten Kronprinzen Ad Melkert, einen eher farblosen, nicht charismatischen, jedoch sehr raffinierten Haager Aktenkenner.

Vor diesem Hintergrund wirkte der ‚Einbruch‘, den Fortuyn im politischen System auslöste, auf Freund und Feind schon bald wie ein frischer Wind, und es konnte erfolgreich ein populistischer Angriff auf das violette ‚politische Polderkartell‘ gestartet werden.

Die multikulturelle Erklärung

Im Ausland wurde der Erfolg von Pim Fortuyn und seiner Bewegung vor allem als Zutat für den generellen Aufmarsch des Rechtspopulismus in Europa gewertet. Fortuyn wäre damit politisch verwandt mit Le Pen, Haider, Berlusconi, Filip Dewinter und ähnlichen Politikern. Er selbst hat sich immer ener-

¹⁰ P. FORTUYN, *De Puinhopen van Acht Jaar Paars*, Rotterdam 2002, S. 11 f.

gisch gegen derartige Vorstellungen zur Wehr gesetzt. BBC-Reporter, die eine solche geistige Verwandtschaft unterstellten, wurden höchst undiplomatisch aus seinem Haus hinausgeworfen. Doch letztlich war Fortuyn ein komplexer und besonderer Fall. Man könnte ihn mit ebenso viel Berechtigung mit dem Anti-Establishment-Populismus von Haider assoziieren, als in ihm einen radikalen Verteidiger der westlichen liberalen Kultur sehen.

So ist etwa bekannt, daß Fortuyn homosexuell war, dies offen zugab und darüber sprach; diese Offenheit paßte nicht wirklich in ein rechtspopulistisches Milieu. Wichtiger ist jedoch, daß seiner Homosexualität eine politische Bedeutung zugesprochen werden muß. Es ist kein Zufall, daß in den vermeintlich progressiv-libertären Niederlanden (mit ihrer Duldung von Sex, Drogen, Euthanasie und Rock 'n' Roll) ausgerechnet ein Schwuler auf die Barrikaden ging, um sich gegen das Gedankengut der multikulturellen Gesellschaft und gegen zügellose Einwanderung zu wehren. Ebenso wie die Gänse des Kapitols hielt Fortuyn es für seine Aufgabe, „gegen die Islamisierung unserer Kultur“ Alarm zu schlagen.¹¹ Die Kritik von Fortuyn an der multikulturellen Gesellschaft erklärt sich aus seiner Angst vor einer Islamisierung, in der nur wenig Raum für individuelle Autonomie und die Emanzipation von Frauen und Schwulen sei. Gegen den Islam, den er eine „rückständige Kultur“ nannte, wollte er die westlichen, hart erkämpften liberalen und demokratischen Freiheiten verteidigen, wie die Emanzipation von Homosexuellen, die Trennung von Kirche und Staat oder die Meinungsfreiheit; moslemische Immigranten, vor allem diejenigen mit einem fundamentalistischen Hintergrund, stellten eine Bedrohung der westlichen Werte dar. Zugleich richtete er sich gegen den Kulturrelativismus im Westen, den er vor dem Hintergrund von antidemokratischen islamistischen Regimen für riskant und bedrohlich hielt. Der islamophobische Diskurs war nach den Terroranschlägen des 11. September nicht nur in den USA weniger kontrovers geworden, sondern konnte auch in den Niederlanden auf breitere Unterstützung rechnen. Die Angst vor dem politischen Islam und dem Moslemfundamentalismus hatte auch in den Niederlanden deutlich um sich gegriffen.

Noch etwas anderes kam hinzu. Seit einigen Monaten wurde in den Niederlanden intensiv eine öffentliche Diskussion über Fragen wie Multikulturalismus, Einwanderung und Integration geführt: die ‚neue soziale Frage‘. Deshalb galt bei den Wahlen von 2002 ein besonderer Leitsatz: „t’s not the economy, stupid“. Ein wichtiger Auslöser für diese Debatte war ein Essay von Paul Scheffer im *NRC Handelsblad* unter dem unheilvollen Titel *Das multikulturelle Drama*. Damit setzte er die nicht nur sozialökonomisch, sondern auch kulturell fehlgeschlagene Integration von Einwanderern in die niederländische Gesellschaft auf die politische Tagesordnung. Heiratsbedingte Einwanderung (Familienzusammenführung, arrangierte Ehen) bewirkten, so Scheffer, daß der komplexe Integrationsprozeß gewissermaßen immer wieder von neuem stattfinden muß und die Behauptung, daß in zwei bis drei Generationen der Integrationsprozeß abgeschlossen sein werde, zur Fiktion wird. Auch droht, nicht zuletzt infolge einer unzureichend klaren eigenen kulturel-

¹¹ Siehe P. FORTUYN, *Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament*, Utrecht 1997.

len und normativen Identität der ‚kosmopolitischen‘ Eliten der Niederlande, eine kulturelle Segregation von Immigrantengemeinschaften in den Großstädten der Niederlande in linguistisch-ethnisch-religiöse Enklaven, die der Integration im Wege stehen.

Seit dieser zur Panikmache tendierenden Analyse wird die multikulturelle Debatte verstärkt in Begriffen wie Anpassung, Assimilierung, kulturelle Integration und mangelhafte Integration geführt. Dies geschah auf Kosten von dem und als Ersatz für den früheren Diskurs, der in den Begriffen des Multikulturalismus geführt worden war. Hierzu hatten gehört: die aktive Förderung dahingehend, daß Menschen die gegenseitigen Unterschiede verstehen, akzeptieren und schätzen lernen; die Interaktion zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und der Dialog der unterschiedlichen kulturellen Gruppierungen, was inzwischen als politisch korrekt und überholt gilt.

Dazu ist festzuhalten, daß Ende der neunziger Jahre keine rechtsextreme Partei mehr im niederländischen Parlament vertreten war, wodurch – so ließe sich behaupten – die Debatte relativ unbefangen und tabufrei geführt werden konnte. Charakteristisch hierfür ist, daß die Witwe des bekanntesten rechts-extremen Politikers der Niederlande, des ehemaligen Parlamentariers Hans Janmaat, kürzlich eine Neueröffnung von dessen Strafverfahren aufgrund von Rassismus und Antidiskriminierung gefordert hat, weil nach ihrer Auffassung viel von den Auffassungen ihres Mannes in der öffentlichen Debatte inzwischen Gemeingut geworden sei. Die politische Korrektheit, die in den Niederlanden seit den siebziger Jahren die Debatte über ethnische Minderheiten und Einwanderer in starkem Ausmaß befangen gemacht hatte (nicht zuletzt infolge eines großen nationalen Holocaust-Traumas und aufgrund von Schuldgefühlen über die Geschichte der niederländischen Sklaverei und des Kolonialismus), war, allemal in progressiven Kreisen, während der Anwesenheit von rechtsextremen Parteien in Gemeinderäten und im Parlament (Zentrumspartei und Zentrumsdemokraten) intensiviert worden. Diese politische Korrektheit ging, auch in linken Kreisen, stark zurück; dabei spielte auch die aktuelle Debatte über die Grenzen der multikulturellen Gesellschaft eine Rolle.¹² Manche sind der Meinung, daß das Pendel jetzt ins andere Extrem ausschlägt: Es wird jetzt nur noch in Begriffen wie ‚Ausländer als Problem‘ gesprochen, was zu einer systematischen Verunglimpfung von Ausländern führen kann.

Man kann nun behaupten, daß Fortuyn mit provozierenden und radikalisierten Aussagen die öffentliche und intellektuelle Debatte, die auf den meinungsbildenden Seiten der Zeitungen bereits geführt wurde, auf die ‚Straße‘ und die ziemlich heruntergekommenen Großstadtviertel von insbesondere Rotterdam zu verlagern wußte, in Gebiete, in denen es eine große Konzentration von Minderheiten gab; hierbei geht es nicht um Gettos im sozialwirtschaftlichen Sinne, wohl aber kulturell gesehen um segregierte Gemeinschaften. Fortuyn vertrat die Auffassung, daß die Integration der Einwanderer mißlungen sei. Er kombinierte deshalb eine verschärfte Einwanderungspolitik mit einer intensivierten Integrationspolitik. „Die Grenzen müssen

¹² Vgl. R. CUPERUS, *We zijn Vlamingen geworden!*, in: *Socialisme & Democratie*, Nr. 3 (2002), S. 3 und DERS., *Waarom Pim?*, in: *Socialisme & Democratie*, Nr. 4 (2002), S. 10 f.

geschlossen werden“, weil „Wasser schöpfen bei laufendem Hahn sinnlos wäre.“ Und „die Niederlande sind voll und müssen sofort zugesperrt werden.“ Ferner nahm er einen starken Assimilierungsstandpunkt ein: Entweder „anpassen oder abhauen“, setzte sich jedoch gleichzeitig gegen das Motto „zuerst das eigene Volk“ des Flämischen Blocks zur Wehr. Es ging ihm nicht um das eigene Volk, die eigene Rasse oder um Rassismus, sondern um die Anpassung an grundlegende Werte und Freiheiten, ohne Rücksicht auf Herkunft oder Hautfarbe. Weder in seinem Gedankengut noch in seiner Parteiorganisation spielen rechtsextreme oder (neo)nazistische Begriffe oder Bindungen eine Rolle, und vor allem dies unterscheidet ihn von der rechtspopulistischen Familie in Europa.¹³ Übrigens verteilte Fortuyn in seinen Randglossen in der Wochenzeitschrift Elsevier manchmal auch provozierende Komplimente an die Adresse von Haider, Berlusconi oder den ehemaligen niederländischen rechtsextremen Politiker Janmaat.

Die Erklärung durch Unzufriedenheit mit dem öffentlichen Sektor

Im Wahlkampf hat der öffentliche Sektor, abgesehen von der Frage der Einwanderung und der Integration, eine Hauptrolle gespielt. Es erwies sich, daß große Unzufriedenheit über die Leistungen des Staates bzw. der Regierung sowie über Qualität und Quantität der öffentlichen Dienstleistungen bestand. Die Wartelisten im Gesundheitswesen geradezu ein Symbol hierfür. Unzufriedenheit kam auch in der Panikmache über gestiegene Kriminalität zum Ausdruck. Hierbei freilich geht es vor allem um ein stark zugenommenes Gefühl der Unsicherheit bei sinkenden Verbrechenszahlen, wenngleich festzustellen ist, daß es mehr Gewalttaten und eine relativ große Beteiligung von Ausländern an Kriminalität gibt, insbesondere durch Marokkaner und Antillaner. An diesem Punkt berührt die multikulturelle Erklärung für den Erfolg von Fortuyn die Erklärung in Bezug auf das Gefühl der Unsicherheit.

Das politische Programm von Pim Fortuyn und seiner LPF wurde in einem Buch aus seiner Feder zusammengefaßt. Es trug den Titel *De Puinhopen van Acht Jaar Paars* [Der Schutt von acht Jahren Violett]; dies bezog sich insbesondere auf den sogenannten Verfall des öffentlichen Sektors: „Die öffentliche Domäne und der kollektive Sektor befinden sich nach zwei violetten Kabinettsperioden in einem katastrophalen Zustand. Man hat einfach nur den Laden gehütet, und das war alles. Die Wartelisten im Gesundheitswesen haben eine inakzeptable Länge erreicht, das Unterrichtswesen befindet sich in einem Besorgnis erregenden Zustand, die Sicherheit läßt zu wünschen übrig, die Behörden haben ihre Glaubwürdigkeit verloren usw.“¹⁴ Der verwahrloste öffentliche Sektor war ebenfalls der Angriffspunkt für die CDA von Balkenende, der in seiner Wahlkampfbroschüre von einem „Wiederaufbau nach Violett“ sprach, und auch für die linksradikale SP, die insbesondere der PvdA „einen neoliberalen Verrat am öffentlichen Sektor“ vorwarf und von einem

¹³ Vgl. P. LUCARDIE/G. VOERMAN, *Liberaal patriot of nationaal populist? Het gedachtegoed van Pim Fortuyn*, in: ebd., S. 32.

¹⁴ FORTUYN (wie Anm. 10), Klappentext.

„Ausverkauf der Zivilisation“ sprach. Violett verstand es nicht, sich gegen diese massive Attacke überzeugend zur Wehr zu setzen.

Dennoch bleibt die Kernfrage, ob sich bei dieser Darstellung eines völlig in sich zusammengebrochenen, abgeblättern öffentlichen Sektors tatsächlich um die Wirklichkeit oder um eine (manipulierte) Wahrnehmung handelt. Merkwürdig war in diesem Zusammenhang, daß *The Economist* mitten im Wahlkampf (4. Mai 2002) in dem Artikel *A Survey of the Netherlands* die Frage stellte, worüber sich Holland eigentlich beklage. Den Strom von Klagen in den Niederlanden über die öffentlichen Einrichtungen bezeichnet das britische Wochenblatt jedenfalls als ‚erstaunlich‘. Die Schulen sehen modern aus, sie werden gut geführt, die Leistungen der Schüler sind im allgemeinen beeindruckend. Die Krankenhäuser sind meistens neu, und obwohl es Wartelisten gibt, sind diese bei weitem nicht so schlimm wie in Schweden oder in Großbritannien. Die Bahn scheint gut geführt zu werden und verkehrt relativ pünktlich. Der Straßenverkehr ist zwar schlimm, aber nicht zu vergleichen mit London oder Los Angeles. Was meinen die klagenden Niederländer eigentlich? Offensichtlich erwarteten emanzipierte Bürger von öffentlichen Einrichtungen in zunehmendem Maße ‚private‘ Qualität, und dies führt zu Spannungen in der niederländischen Gesellschaft.

Die mediendemokratische Erklärung

Die Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien beklagten sich gegenüber Journalisten darüber, daß sich der Wahlkampf hauptsächlich auf Fortuyn konzentriere. „Der Inhalt ist total nebensächlich geworden. Ausschließlich der Unterhaltungswert zählt noch. Dieser bestimmt dann demnächst, wie das Land regiert werden wird“, wurde kommentiert. Zweifellos war der erfolgreiche Aufstieg von Pim Fortuyn ein unerhörtes Medienphänomen. Es gab eine sich verstärkende Spirale: Dort, wo er auftauchte, gab es hohe Einschaltquoten, sodaß jede Rundfunkanstalt, jeder Sender und jedes Programm Pim liebte und umgekehrt. Medienforscher haben berechnet, daß Fortuyn während des Wahlkampfes 60 Prozent der politischen Fernsehsendezeit bekam, während sich der scheidende Ministerpräsident Kok mit 15 Prozent begnügen mußte und die übrigen Fraktionsvorsitzenden mit noch geringeren Prozentsätzen Vorlieb nehmen mußten.

Fortuyn war ein Beispiel dafür, daß ein ‚Politiker ohne Partei‘ als ‚Politiker mit TV‘ aus dem Nichts heraus nicht weniger als 20 bis 30 Sitze erringen konnte (dies entsprach ca. 20 Prozent aller abgegebenen Stimmen). Diesbezüglich war der Erfolg von Fortuyn noch am besten mit dem Aufmarsch von Silvio Berlusconi vergleichbar. Dessen Forza Italia vermochte 1994, nur acht Monate nach der Gründung seiner Partei, 20 Prozent der Stimmen zu erringen. Im Unterschied zu Berlusconi verfügte Fortuyn jedoch nicht über ein eigenes Geschäftsimperium und Medienkonglomerat oder einen eigenen Fußballklub mit einem Netzwerk von lokalen AC Mailand-Fanklubs.

Andererseits wäre es ein Mißverständnis zu denken, daß Fortuyn völlig aus dem Nichts plötzlich auf der politischen Bühne der Niederlande stand. Er war schon mindestens zehn Jahre zuvor damit beschäftigt gewesen, politi-

sche Unterstützung für seinen ‚Coup gegen das niederländische Regentensystem‘ Schritt für Schritt vorzubereiten. Dies geschah mit Hilfe von zahllosen Glossen in der Wochenzeitschrift *Elsevier*¹⁵, bezahlte Vorträge als ‚Guru-Professor Pim‘ insbesondere in Unternehmerkreisen sowie am Sonntagvormittag im Fernsehprogramm *Business Class* von und für Geschäftsleute(n). Ferner gab es seinen langen, frustrierten Marsch durch die traditionellen Parteien, zunächst in der PvdA: In den achtziger Jahren war er in den Denkerkreisen der Wiardi Beckman Stichting tätig und schrieb vor meiner Zeit Betrachtungen in meiner eigenen Zeitschrift *Socialisme & Democratie*. Später traten an diese Stelle enge Kontakte zum CDA. Dennoch bleibt festzuhalten: Ohne das Phänomen der Mediendemokratie ließe sich der rasche Aufstieg von Fortuyn in den Popularitäts- und Wählerumfragen im Jahr 2002 nicht verstehen.

Die soziologische Erklärung: die Repräsentationskrise

Einer der Gründe, weshalb der Anti-Establishment-Populismus von Fortuyn eine so große Dynamik erfahren konnte, lag, wie schon im Zusammenhang mit der politologischen Erklärung dargelegt, darin, daß die Fortuyn-Revolt eine ‚Revolution der Ausgeschlossenen‘ war. Die Ausgeschlossenen oder Nicht-Repräsentierten bestehen aus zwei unterschiedlichen Gruppierungen: den ‚neuen Reichen‘ einerseits und den marginalisierten (einheimischen) Bewohnern von problematischen Großstadtvierteln andererseits. Bei der Fortuyn-Revolt handelt es sich um einen riesigen Verbund von unterdrückten Emotionen, Ambitionen und Erwartungen dieser beiden Gruppierungen, die sich von der etablierten Politik nicht vertreten fühlen.

Jüngste Studien haben gezeigt, daß insbesondere mit dem Entstehen der LPF eine neue Wählerschaft die politische Bühne der Niederlande betreten hat. Eine Wählerschaft, „die sich durch Werte auszeichnet, die auf Konflikte und Spannungen hinweisen. Im umfangreichen modernen Bürgertum existiert ein ‚widerspenstiger Konservatismus‘ und ein Unbehagen, das sich gegen Staat und Politik richtet. In dieser Bevölkerungsgruppe gibt es eine Vertrauenskrise gegenüber dem Staat, den Behörden und der Politik. Zwei Drittel fühlen sich nicht von einer politischen Partei repräsentiert, und drei Viertel sind der Meinung zugetan, daß Parlamentarier nicht wissen, welche Fragen die Wähler bewegen. Man sehnt sich nach direkter Demokratie und inspirierenden Führungspersönlichkeiten.“¹⁶

Der niederländische Soziologe Gabriël van den Brink hat in seiner Studie über den „politischen Habitus moderner Bürger“ eine Dreiteilung vorge-

¹⁵ Zu Unrecht wurde *Elsevier* von den ‚etablierten progressiven‘ Meinungsführern niemals wirklich ernst genommen, obwohl die Zeitschrift das größte und erfolgreichste Wochenblatt der Niederlande darstellt.

¹⁶ P. DEKKER/M. LAMPERT/F. SPANGENBERG, *De ontevreden kiezer is dakloos*, in: *De Volkskrant* vom 04.01.2003.

nommen.¹⁷ Er unterscheidet die folgenden Kategorien: den bedrohten Bürger, den resignierten Bürger und den betriebsamen Bürger. Eine These lautet, daß die Bewegung um Fortuyn insbesondere auf der ersten und der dritten Kategorie aufbaute, also den Bürgern der benachteiligten Stadtviertel und den Bürgern in den Villenvierteln: „Einerseits die bedrohten Bürger, die sich durch die Dynamik der modernen Gesellschaft mit allen Immigrationsphänomenen und der Mobilität bedroht fühlen. Andererseits die betriebsamen Bürger, die sich über den Staat und sein bürokratisches Auftreten ärgern.“

In gewissem Sinne handelt es sich hier um ein allgemeineres Phänomen, das sich nicht auf diese Gruppierungen beschränkt. Die Studie von Van den Brink geht ausführlicher auf den Aufstieg des modernen, selbstbewußten Bürgers in der Politik ein. „Infolge unterschiedlicher, einschneidender kultureller Entwicklungen, wie dem gestiegenen Wohlstand, der Individualisierung und einer großen Aufmerksamkeit für Kinder und Erziehung, ist ein mündiger Bürger entstanden [...], der selbst möglichst viel Einfluß auf sein Leben ausüben möchte [...]. Schließlich verfügen diese Bürger über mehr soziales, kulturelles und politisches Kapital als jemals zuvor“, und dies wiederum bewirkt eine erhebliche bürgerliche Unzufriedenheit gegenüber dem Staat, der Bürokratie und der traditionellen Politik.¹⁸ Siehe hierzu die außergewöhnlich rasch wachsende Gruppe von ‚schwebenden‘ und immer wieder die Partei wechselnden Wählern in den Niederlanden, welche inzwischen eine Mehrheit darstellen. Dies weist auf eine viel grundlegendere Entwicklung hin, die wir früher, nach gutem deutschem Vorbild, die ‚Heimatlosigkeit der Politik‘ genannt haben. Insbesondere trifft dieses Phänomen die großen christdemokratischen und sozialdemokratischen Volksparteien. Es läßt sich in zunehmendem Maße feststellen, daß klare Repräsentationsmuster, in denen Parteien eine feste Anhängerschaft repräsentieren, nicht mehr existieren. Die Wähler schweben über einem ‚politischen Markt‘. Es hat den Anschein, daß Parteien vor allem mit Blick auf Wählerstimmen ihren gesellschaftlichen Rückhalt verloren haben. Es stellt sich die Frage, welche neuen Bindungen in der Zukunft entstehen können und wie Parteien hierauf reagieren werden? Wie findet man zu einer übergreifenden Repräsentation einer zergliederten Anhängerschaft?

Als Beispiel bietet sich die sozialdemokratische Partei an. Wen die PvdA repräsentiert und repräsentieren möchte, ist eine der vordringlichen Fragen nach den Wahlen vom Mai 2002, dem Durchbruch von Fortuyn. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in Europa unter den Stichworten ‚Dritter Weg‘ und ‚Neue Mitte‘ war ein bewußt unternommener Versuch, weiter zur soziologischen Mitte unter Einschluß der Berufstätigen in der Wirtschaft vorzustoßen. Gleichzeitig hat die Sozialdemokratie die Überbleibsel der alten Arbeiterklasse und in allgemeinerem Sinne diejenigen, die an der Unterseite des Arbeitsmarktes tätig sind, zu ihrer Anhängerschaft gerechnet; dies umfaßt sowohl Einwanderer als auch ‚einheimische‘ Niederländer. Es ist ihr nicht gelungen, diese unterschiedlichen Gruppen gleichzeitig auf glaubwürdige Weise

¹⁷ G. VAN DEN BRINK, *Mondiger of moeilijker? Een studie naar de politieke habitus van hedendaagse burgers*, Den Haag 2002.

¹⁸ M. KRANENBURGS Buchbesprechung und Paraphrase von VAN DEN BRINKs *Mondiger of moeilijker* (wie Anm. 17), in: *NRC Boeken* vom 10.01.2003.

zu repräsentieren, sie ist sich dieses Problems aber auch nur unzureichend bewußt gewesen.

Einwanderung und Integration sind dabei zu meinungsspaltenden Themen geworden. Laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Motivaction handelt es sich beim Ergebnis vom 15. Mai um einen rechts orientierten Aufstand der konservativen Masse gegen die komplexe, multikulturelle Gesellschaft. Man könnte sagen, daß die neue gesellschaftliche Trennungslinie zwischen Zuschauern von kommerziellen Fernsehstationen und Zuschauern verläuft, die öffentliche Sender bevorzugen. Es ist daher auch schon die Rede von einem neuen Kulturkampf zwischen Menschen mit hohem bzw. niedrigem Bildungsstand.¹⁹

Damit wird denn auch schon das neue Repräsentationsdilemma für die Sozialdemokratie ersichtlich, einschließlich des Problems der multikulturellen Gesellschaft und all desjenigen, was darauf projiziert wird. Möglicherweise hat das Wahlergebnis vom 15. Mai eine strukturelle Entwicklung in der Wählerschaft an die Oberfläche gebracht, die der Sozialdemokratie auf längere Zeit hin Schwierigkeiten bereiten wird. Es könnte durchaus so sein, daß es für Links, vor allem für die PvdA, schwieriger geworden ist, erfolgreiche und robuste Allianzen zwischen niedrig und hoch Ausgebildeten zu schmieden, zwischen Armen und Reichen, zwischen der Mittelschicht und unterprivilegierten Gruppen, sowohl Einheimischen als auch Bürgern ausländischer Herkunft.

Charakter und Implikationen des europäischen Populismus

Die bisher geschilderten Erklärungsansätze sind in der Debatte über die Fortuyn-Revolte in den Niederlanden vorgebracht worden. Und obwohl der Fortuyn-Populismus aufgrund der Verknüpfung von linken und rechten, libertären und konservativen Elementen in gewisser Weise ein Sonderfall im rechtspopulistischen Spektrum ist, könnte man ihn als postmodernen Populismus bezeichnen. Dennoch stellt die Bewegung um Fortuyn zweifellos auch einen Teil der größeren Bewegung des Populismus in Europa dar: von Lepper in Polen bis Blocher in der Schweiz, von Berlusconi und Fini in Italien bis hin zu Kjærsgaard in Dänemark. Manche von diesen Populisten sind nach alter Prägung rechtsextrem, einige präsentieren sich jedoch in neuem Gewand und stellen eindringliche Fragen über politische und kulturelle Entwicklungen in Europa.

Meine These lautet, daß der europäische Rechtspopulismus vor allem als eine Reaktion auf die Schattenseiten des unerhört schnell voranschreitenden Modernisierungsprozesses zu betrachten ist. Er ist eine Reaktion auf aktuelle gesellschaftliche Konflikte und Turbulenzen, die für zahlreiche Bürger – objektiv oder aber als objektiv wahrgenommen – mit der Gefahr einer Krise und der Angst vor Identitätsverlust einhergehen. Prozesse mit schicken Na-

¹⁹ Diese These wird verteidigt von H.-J. SCHOO (*De Volkskrant* vom 07.09.2002) und G. VAN DEN BRINK. Siehe auch R. CUPERUS, *De Opstand van het Eigenbelang*, in: *VolZin. Opinieblad voor geloof en samenleving* 1 (2002), Nr. 6, S. 25.

men wie Globalisierung (einschließlich Einwanderung), Individualisierung und Postindustrialisierung (die Umwandlung einer Industriegesellschaft in eine postindustrielle, auf Wissen basierende Wirtschaft), die über längere Zeit hinweg auf die westlichen Gesellschaften einwirken, erzeugen, abgesehen von Dynamik und neuen Chancen für verbesserten Wohlstand, auch Ressentiments, Frustrationen und Unruhe. Dies wiederum kann unter bestimmten Voraussetzungen zur politischen Entladung führen.

Die häufigste Erklärung für das Entstehen des neuen Rechtspopulismus in Europa beinhaltet, daß es sich vor allem um einen Aufstand derjenigen handle, die man in den einschlägigen deutschen Debatten als Modernisierungsverlierer bezeichnet. Alle Kräfte, die auf die Gesellschaft einwirken, wirken auch auf Menschen und deren Gemeinschaften und Identitäten ein. Die wissensintensive und dynamische Markt- und Mediengesellschaft, in die sich westliche Gesellschaften verwandelt haben, verlangt ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit oder, wie das heutzutage modisch genannt wird: ein erhebliches soziales und kulturelles Kapital. So wie der eine besser als der andere mit Störungen im individuellen Lebensbereich umgehen kann, so lassen auch die heutigen gesellschaftlichen Wandlungen Gewinner und Verlierer entstehen. Man spricht auch von einer neuen Klassengesellschaft mit Intelligenz und Ausbildung als Verteilungskriterien und von den ‚Chancenlosen in der Meritokratie‘ (Wout Ultee).

Eine hypermodernisierende Gesellschaft wie die heutige, mit permanenten Turbulenzen in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht – und das alles noch unter dem schwarz-weißen Vergrößerungsglas der Medien –, produziert neben Herausforderungen und Abenteuern auch Frustrationen, Unsicherheit und Unbehagen. Dies gilt unabhängig davon, wie wohlhabend in historischer und globaler Bedeutung die Gesellschaft sonst sein mag.

Überfluß und Unbehagen sind allgegenwärtig in unserer Gesellschaft, sie erscheinen in unterschiedlicher Gestalt. In christlichen Kreisen erklingt der laute Ruf um die Wiederherstellung von Normen und Werten, Anstand und traditionellen Autoritätsverhältnissen. Dieser Ruf ist ein Ausdruck von moralischer Panik angesichts des Prozesses der Säkularisierung und damit ein geheimes Codewort für eine neue Christianisierung.

In der linksradikalen Socialistische Partij hingegen beschäftigt man sich vor allem mit der Verhärtung des Kapitalismus in angelsächsische Richtung. Man sieht eine völlige Neoliberalisierung und ‚Vermarktung‘ der Gesellschaft und spricht von einem ‚Ausverkauf der Zivilisation‘.

Diffuser und breiter ist das allgemeine Unbehagen über die Führungskrise des Staates und großer kollektiver Systeme sowie über bürokratische Maßstabsvergrößerung und Entpersonalisierung, wodurch das menschliche Maß aus dem Auge verloren wird. Kees Schuyt hat dies treffend folgendermaßen formuliert: „Der Aufstand gegen Violett war ein Aufstand gegen den Professionalismus in der Politik, gegen einen Professionalismus ohne Mitbestimmung. In der Abgeschlossenheit einer kleinen politischen Elite werden die

Dinge erledigt und verwaltet und werden neue Dinge in Gang gesetzt. Die Bürger brauchen an diesem Prozeß nicht mehr teilzunehmen.“²⁰

Die Abkehr von technokratischer Politik geht nicht selten Hand in Hand mit einem sinkenden Vertrauen in die Lenkungsmechanik und die Produkte der öffentlichen Verwaltung. Manchmal, wie etwa im Bildungsbereich, scheint sogar der Glaube verloren gegangen zu sein, daß Probleme mit Hilfe der bestehenden Institutionen und Methoden anders und besser gelöst werden könnten.

Innerhalb der bunten Palette des gesellschaftlichen Unbehagens hat sich der (Rechts-)Populismus als die radikalste Form erwiesen. In Italien, Flandern, Frankreich, Ungarn, Österreich, Dänemark und den Niederlanden betraten rechtspopulistische Parteien die politische Bühne. Diese Parteien kann man als populistisch bezeichnen, weil sie den Anspruch erheben, ‚das Volk‘ zu vertreten und gegen ein selbstherrliches Establishment zu mobilisieren. Sie können auch deshalb rechtspopulistisch genannt werden, weil sie der Ansicht sind, die nationale oder kulturelle bzw. ethnische Identität verteidigen oder gegenüber ‚Außenstehenden‘ und externen Einflüssen abgrenzen zu müssen. In der politischen Reklamesprache Österreichs geht es beim Rechtspopulismus faktisch um zwei Gegensätze: ‚wir da unten – ihr da oben‘ und ‚wir da drinnen – ihr da draußen‘ (Pelinka). Man könnte den neuen Populismus von Berlusconi, Fortuyn, Orban und anderen als einen ‚Dritten Weg von rechts‘ bezeichnen, einen Mittelweg zwischen einer demokratischen Rechten und einer nicht-demokratischen Rechten, zwischen dem traditionellen Konservatismus und der einstmaligen antidemokratischen extremen Rechten.

Der neue Populismus ist ein lauter Fluch gegen eine im Umbruch befindliche Welt, ein ängstlicher Wutschrei um die Erhaltung der vertrauten Umgebung und Identität. Der Populismus ist ein Protest gegen Bedrohungen von außen und gleichzeitig der Rauchmelder, der uns anzeigt, daß die Repräsentation über das vorhandene politisch-gesellschaftliche System versagt. Dieses Alarmsignal des Populismus verdient es, mehr noch als die in der Anzahl von Parlamentssitzen ausgedrückte politische Macht, sehr ernst genommen zu werden, nicht zuletzt durch die Sozialdemokratie.

Der neue Populismus, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa entwickelt hat, war der Gegenspieler und Feind der modernen Sozialdemokratie. Populismus ist von seiner Natur her anti-institutionell und politischer Organisation und Repräsentation abgeneigt. Populisten betrachten das politisch-gesellschaftliche System als Ganzes, und sicherlich politische Parteien wie die sozialdemokratischen Kaderparteien, als einen korrupten Filter zwischen ‚Regierenden‘ und einem – fälschlich als unteilbare Einheit dargestellten – ‚Volk‘.

Schon allein aus diesem Grund ist der Populismus ein Handschuh, der in den sozialdemokratischen Ring geworfen wird, weil er die Sozialdemokratie als mitschuldigen Bestandteil eines selbstherrlichen Establishments anklagt. Dies ist für eine Volkspartei, die es gerade als ihre Existenzberechtigung betrachtet, ‚soziale Gerechtigkeit und gleiche Bürgerrechte für alle‘ von den

²⁰ K. SCHUYT, *Links in de verdediging, de verdediging van links*, in: *Wat is links?*, hrsg. von M. VAN CAMLTHOUT u.a., Amsterdam 2003, S. 9 f.

herrschenden Eliten innerhalb des Kapitalismus zu erkämpfen, nichts weniger als eine frontale politische Attacke. Darum geht es beim Prinzip einer offenen Gesellschaft. Die Sozialdemokratie setzt sich, vor allem seitdem sie in den sechziger und siebziger Jahren neue soziale Bewegungen und intellektuelle ‚Freigestellte‘ integrierte, für ein libertär-kosmopolitisches, postmaterialistisches Bürgerschaftsideal ein, das auf Werten wie ökologische Nachhaltigkeit, Feminismus, internationale Solidarität mit der Dritten Welt und einem gewissen Multikulturalismus bzw. Kulturrelativismus aufbaut. Auch und gerade in diesem Punkt läßt sich der Rechtspopulismus als eine Attacke gegen die Kultur der modernen Sozialdemokratie auffassen.

Dies alles wird noch durch die Tatsache verkompliziert, daß die Sozialdemokratie und der Rechtspopulismus in Bezug auf die Wählerschaft und den soziologischen Hintergrund Konkurrenten sind, die teilweise im selben Fischbecken des ‚kleinen Mannes‘ angeln; hierbei geht es um eine überlappende Wählerschaft aus der Arbeiterklasse mit geringem Bildungsstand und aus den unteren Mittelschichten der Großstädte und den um diese angesiedelten Vorstadtgebiete. Dies hat zur Folge, daß ein populistischer Aufstand des ‚kleinen Mannes‘ die Spannung aktiviert, die seit jeher zwischen Links bzw. den progressiven sozialdemokratischen Parteien und Menschen mit niedrigem bzw. hohem Bildungsstand besteht, zwischen sogenannten ‚Materialisten‘ und ‚Postmaterialisten‘. Ist der Rechtspopulismus aus dieser Sicht nicht einfach die kulturelle Rache der ‚Arbeiterklasse‘ an den amtlich-intellektuellen Eliten innerhalb der ‚Arbeiterparteien‘?

Wenn die Sozialdemokratie, die es als ihren historischen Auftrag betrachtet, ‚die Gesellschaft beisammen zu halten‘, den desintegrierenden Kräften, die auf die liberale Demokratie und den sozialen Rechtsstaat einwirken, Paroli bieten will, wird sie ein viel wacheres Auge für die Schattenseiten und entregenden Auswirkungen der Hypermodernisierung, die die Weltbevölkerung in der letzten Jahren in ihrem Griff gehabt hat, entwickeln müssen. Die Sozialdemokratie wird mutiger sondieren müssen, welcher politische Spielraum bei diesen augenscheinlich deterministischen Prozessen noch vorhanden ist. Kann man sich konkurrierende politische Optionen für die Globalisierung vorstellen? Läßt sich im weltweiten Maßstab gesehen ein sozialer Kapitalismus als wettbewerbsfähige Alternative zum angelsächsischen Modell anstreben? In welcher Weise lassen sich die scheinbar unbeherrschbaren globalen und europäischen Immigrationsmuster abbremsen?

Für die Sozialdemokratie als ‚Kraft der politischen Mäßigung‘ muß es im wesentlichen darum gehen, die Ressentiments von sozial-ökonomischem, demokratischem und (multi-)kulturellem Unbehagen in der Gesellschaft zu vermeiden und zu verringern. Wenn sie der sozial-ökonomischen Marginalisierung großer Gruppen (Modernisierungsverlierer) oder einer Polarisierung zwischen ausländischen und einheimischen Bevölkerungsgruppen (Zustände wie in Antwerpen) den Nährboden entziehen will, wird sie im Hinblick auf die Programmatik, den Stil und die Kommunikation Konzessionen an ihre Wählerschaft von Menschen mit geringerem Bildungsstand machen müssen, was wiederum auf Kosten ihrer Wählerschaft aus Kreisen der höher Ausgebildeten gehen wird. Dies ist das schmerzliche Dilemma, vor dem die europäische Sozialdemokratie steht, inmitten gesellschaftlicher Turbulenzen, grim-

miger politischer Verhältnisse und vom Rechtspopulismus angefallen, der dem ‚kleinen Mann‘ Schutz gegen die Kräfte von außen verspricht.

Gerade die Sozialdemokratie hätte sich angesichts (der Gefahr von) versagernder Integration und multikultureller Konflikte, die in ‚ihren‘ unterprivilegierten Großstadtvierteln entstehen, im nachhinein mit dem Wissen um die Fortuyn-Revolution in den vergangenen Jahrzehnten keine politische Hyperkorrektheit, keinen Kulturrelativismus und keine vagen Aussagen über Integrationszielsetzungen erlauben dürfen. Gerade die Sozialdemokratie wird sich beim Problem der neuen (Arbeits-)Migration weniger an die Wünsche der Arbeitgeber anpassen dürfen, sondern ein wachsames Auge für die Tragfähigkeit und das Absorptionsvermögen ihrer altvertrauten wie auch ihrer neuen Anhängerschaft haben müssen. Dies bedeutet, daß es ein großzügiges Kompensationsprogramm für die weißen und schwarzen Bewohner von Stadtvierteln, wo alle gesellschaftlichen Probleme in konzentrierter Form auftreten, zu entwickeln gilt. Jedoch sind auch eine viel effizientere Politik in Fragen von Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung sowie eine besser durchdachte Einwanderungs- und Integrationspolitik von dringendem Interesse gegen desintegrierende gesellschaftliche Tendenzen.

Wie viel Antipopulismus kann sich eine Volkspartei eigentlich erlauben? Bis zu welcher Breite kann eine Kluft zwischen Politik und Bevölkerung maximal erweitert werden? Der Preis, den die Sozialdemokratie (dies gilt allerdings für alle ‚etablierten‘ Parteien) für ihre verkrampfte Haltung der ‚politischen Korrektheit‘ auf multikulturellem Gebiet hat bezahlen müssen, wurde in der jüngsten Vergangenheit durch die Fortuyn-Revolution überaus klar vor Augen geführt, und zwar in einem solchen Ausmaß, daß jetzt in der niederländischen Politik (unter Einschluß der ‚neuen PvdA‘) ein gewisser Konsens in Bezug auf die Integration und Einbürgerung von Einwanderern entstanden ist, welcher, was die Kenntnis der niederländischen Sprache und der niederländisch-westlichen Kultur von Demokratie und Rechtsstaat betrifft, zu einer leichten Form von ‚Assimilierung‘ tendiert.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hervorgehoben, daß hier keineswegs für eine ‚Verhaiderung‘ plädiert wird, also für die Übernahme der Rhetorik und des Programms des (Rechts-)Populismus aus strategischen Gründen. Ich plädiere jedoch dafür, die zugrunde liegenden Ursachen und Hintergründe des Rechtspopulismus in Europa sehr ernst zu nehmen. Ich plädiere auch dafür, einen populistischen Stil in der amerikanischen Bedeutung dieses Wortes ernster zu nehmen: die ‚common sense-Sprache der echten Wirklichkeit‘ neben, gegenüber und in Konfrontation mit der Sprache der ‚Leitzielwirklichkeit‘, also der Sprache von Politikern, politischen Parteien, Sachverständigen, Sachwaltern und Technokraten.

Die Sozialdemokratie wird bezüglich Stil, Kommunikation und Programm ‚(links-)populistischer‘ werden müssen, wenn sie in der Lage sein will, den Rechtspopulismus zu bekämpfen. Andernfalls entstehen möglicherweise langfristig große existenzielle Probleme, nämlich das Auseinanderbrechen sozialdemokratischer Parteien entlang kultureller Linien.